DIE LINKE.

AUSGABE 04/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Aus Kreisvorstand 2

Roland Claus vor Ort/ Juniorwahl 3

Swen Knöchel erklärt 4

Aus dem Landtagswahlkreis 5

Politische Bildung 6

KAG Senioren 8

Zur Rente 9

Gemischtes 10

Termine 12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Die Fünf Wirtschaftsweisen sind der personifizierte Wirtschaftsanachronismus

Die so genannten "Fünf Wirtschaftsweisen" haben heute ihr Jahresgutachten vorgelegt. Darin verteidigen sie die massiven Handelsüberschüsse Deutschlands. "Die Fünf Wirtschaftsweisen sind der personifizierte Wirtschafts-Anachronismus", kritisiert Bernd Riexinger, der Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

"Blind halten sie am überholten Dogma von Deutschland als Exportnation fest. Doch die Bundesregierung muss jetzt handeln und ihren wirtschaftspolitischen Kurs ändern, sonst drohen wirtschaftliche Einbrüche und Arbeitsplatzverluste." Riexinger weiter: "Die einseitig auf Export fixierte Wirtschaftspolitik schadet dem Gemeinwohl. Für die Beschäftigten in Deutschland ist das Exportmodell ein Pulverfass. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt von der wirtschaftlichen und politischen Lage im Rest der Welt ab. Wer Exportüberschüsse nicht abbaut, der riskiert, dass es ein US-amerikanischer Präsident eines Tages mit Gewalt macht.

Die Bundesregierung muss die Wirtschaftsweisen in Rente schicken und eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik machen und höhere Löhne und gute Arbeit für alle fördern: durch einen höheren Mindestlohn, durch die Bekämpfung von prekärer Arbeit und die Stärkung von Tarifverträgen. Die Löhne müssen steigen. Wir müssen die kleinen und mittleren Einkommen steuerlich entlasten - auch um die Binnennachfrage zu stärken.

Zudem muss der Staat endlich massiv investieren: in den öffentlichen Wohnungsbau, Bildung, in Kitas und Schulen, in Krankenhäuser und Pflege, in den Klimaschutz und die Arbeitsmarktintegration. Der Investitionsstau in Deutschland lässt sich nur mit öffentlichen Investitionen auflösen. Das geht nur, wenn wir uns die Super-Reichen zur Brust nehmen und dafür sorgen, dass sie endlich mehr Steuern zahlen."

Aus dem Kreisvorstand vom 13. März 2017

Auf der Tagesordnung des Kreisvorstandes am 13. März 2017 in Naumburg standen die diesjährige Bundestagswahl, politische Schwerpunkte aus Bund, Land und Kreis, Vorbereitung der Wahl der Delegierten zum 6. Parteitag, Sommerfest, Lesen wider das Vergessen, Bürgermeisterwahl Lützen, Anregungen aus der BO-Vorsitzendenberatung und Vorbereitung des Kreisparteitages. Das Kreiswahlbüro informierte, dass alle vom Landeswahlbüro abgeforderten Bestellungen von Wahlmaterial abgearbeitet sind. Die Aufschlüsselung folgt noch. Das Material für den 1. Mai wurde bestellt. Allen, die Sorge haben, dass wir ev. die Unterlagen für die Direktkandidatin nicht rechtzeitig abgeben, sei gesagt, der Abgabeschluss ist am 07.07. 17, 18.00 Uhr, die Unterlagen werden im April abgegeben. Gegenwärtig versuchen wir die Direktkandidatin in Veranstaltungen unterzubringen, wo sie sich bekanntmachen kann. Hier könnten wir aber aus den BOen noch Hinweise auf Veranstaltungen gebrauchen. Danke an die BOen, die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag vorbereitet haben, an denen Birke teilgenommen hat. Der Wunsch der BO-Vorsitzenden wurde erfüllt, sie erhalten den aktuellen Wahlkalender jeweils freitags. Nochmals die Bitte an die KV- Mitglieder und die BO-Vorsitzenden, diesen Kalender ständig zu „füttern“. Am 25.02. hat sich eine Gruppe „Online-Wahlkampf“ um Jan Wagner getroffen, die sich diesem speziellen Teil des Wahlkampfes widmen will. Am 27.03. traf sich der Leiter des Kreiswahlbüros mit der Jugendgruppe, um deren Ideen zum Jugendwahlkampf kennenzulernen und ev. weitere zu beraten.

Am 03.05. soll gemeinsam mit der LAG B&G eine Veranstaltung stattfinden, die unter dem Motto steht: „ Solidarität – starke Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung – DIE LINKE“. Kay Franke wurde gebeten, bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung eine „tragende Rolle“ zu übernehmen.

Der Kreisvorstand hat beschlossen, Lars Brzyk als Kandidat für das Bürgermeisteramt der Verbandsgemeinde Lützen zu unterstützen. Für diesen BGM-Wahlkampf plant der Kreisvorstand ein Budget von 600,00 Euro ein. Lars Brzyk bat mich zu recherchieren, ob es möglich ist, Synergieeffekte im Zusammenhang mit der Bundestagswahl für herzustellende Materialien zu nutzen. Eine Konsultation mit dem Landeswahlbüro ergab Folgendes: Da bei der Bundestagswahl keine Personenflyer eingesetzt werden, müssten Extraflyerproduziert werden. Diese Flyer sind zu nutzen, um inhaltliche Positionen zu verdeutlichen und natürlich den Kandidaten vorzustellen.

Problematischer sieht das bei ev. Plakaten aus. Hierbei gibt es vielfältige Hindernisse, die geprüft werden müssen.

Weiterhin wurde beschlossen, 10 Bauchläden für niedrigschwelligen Wahlkampf bei Volksfesten zu beschaffen, 250,00 Euro wurden als Budget veranschlagt und vorgeschlagen, dass das Lastenfahrrad von Halle genutzt werden kann.

Der Kreisvorstand beschloss weiterhin den Delegiertenschlüssel für die BOen zur Wahl der Delegierten für den 6. Kreisparteitag in November 2017. Der Delegiertenschlüssel ist 1 Delegierte/r auf 5 Parteimitglieder. (Rundungsbeispiel: 6 Mitglieder = 1 Delegierter; 8 Mitglieder = 2 Delegiert usw.)

Die Wahlen der Delegierten in den BOen können ab dem 1. Mai 2017 erfolgen und müssen bis 31. August 2017 abgeschlossen sein. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich der Entscheidung des voraussichtlichen Antrags zu Mitgliedervollversammlungen zum Kreisparteitag am 8. April 2017).

Zur Organisation des Sommerfestes erklärte Lars Brzyk die aktuelle Situation. Für die Verlegung des Austragungsortes von Weißenfels nach Lützen gab es die Kritik, dass zu wenig Resonanz zu erwarten wäre. In Weißenfels gibt es viel Publikum schon aus dem Park-Interesse heraus und eine große BO, welche durch die Mitglieder das Sommerfest stützen. Als Austragungsort in Weißenfels soll der Stadtbalkon geprüft werden.

Die Vorbereitungen zum Lesen wider das Vergessen laufen planmäßig.

Zur letzten BO-Vorsitzendenberatung am 16.02.2017 um 16.00 Uhr in Zeitz wurde unter anderem über die Benennung der BOen mit den BO-Vorsitzenden gesprochen. Die BO-Vorsitzenden wünschen sich folgende Benennung:

Name Vgm/Stadt	Benennung der Kreisgliederung
Elsteraue	BO Elsteraue
An der Finne, Unstruttal	BO Unstruttal-Finne (per Beschluss)
Teuchern	Stadtverband Teuchern
Zeitz	Stadtverband Zeitz
Wethautal	BO Wethau
Hohenmölsen, Lützen	Stadtverband Hohen mölsen/Lützen (per Be schluss)
Vgem Droyßiger-Zeitzer Forst	BO Droyßiger-Zeitzer Forst
Weißenfels	Stadtverband Weißenfels

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Burgenlandkreis hat beschlossen, die Bennenung der Kreisgliederungen wie im o.g. Beispiel zu übernehmen und fordert außerdem auf, dass alle Druckmedien und Veröffentlichungen nunmehr unter den o.g. Bezeichnungen stattfinden. Als Thema für den nächsten Kreisparteitag wurde 2007-2017 – 10 Jahre DIE LINKE. gewählt. Wulf Gallert wurde als Hauptsprecher dazu eingeladen.

Die Agrargenossenschaft - eine demokratische Alternative zum Geschacher von Agrarinvestoren um landwirtschaftliche Kapitalgesellschaften?

Im Agrarunternehmen Barnstädt e.G. fand dazu eine Diskussionsveranstaltung zu Thema: **Die Agrargenossenschaft - eine demokratische Alternative zum Geschacher von Agrarinvestoren um landwirtschaftliche Kapitalgesellschaften?** mit MdB Ralph Lenkert und MdB Roland Claus statt.

Der Agrarsektor ist in den letzten Jahren für kapitalstarke Investoren angesichts der Finanzkrise und sinkender Renditen in den Finanzmärkten interessant geworden. Besonders die Beteiligung bzw. der Erwerb kapitalbestimmter Agrargesellschaften (GmbH, AG) sorgt in den ländlichen Regionen für Diskussionen. Mit dem Aufkauf von Anteilen oder gleich ganzen landwirtschaftliche Betrieben durch landwirtschaftsfremde Investoren gehen regionale Bezüge verloren, Fremdbestimmung nimmt zu und vor Ort erwirtschaftete Gewinne fließen in andere Regionen ab.

Welche Chance bietet eine Agrargenossenschaft als demokratisches Gegenkonzept zu kapitaldominierten Betriebsformen? Welchen Einfluss haben Agrargenossenschaften auf die regionale Entwicklung und die Lebensverhältnisse in den Dörfern?

Welche Maßnahmen brauchen wir gegen den meistbietenden Ausverkauf der Äcker und Wiesen in der Region.
Wie kann die ortsansässige, nachhaltige Landwirtschaft gestärkt werden?
Welche Möglichkeiten haben Landeigentümer, auf die Bewirtschaftung ihrer Flächen Einfluss zu nehmen (In der evangelischen Kirche werden z. B. öffentlich Kriterien für die Landverpachtung kircheneigener Flächen diskutiert?

Unter anderem stehen diese Fragen zum landwirtschaftlichen Strukturwandel in Ostdeutschland zur Diskussion.

Juniorwahl 2017: Bundesweites Schulprojekt zur Bundestagswahl

Am 24. September 2017 findet—wie alle vier Jahre—die nächste Bundestagswahl statt. In diesem Jahr hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung das Projekt „Juniorwahl an Schulen“ ins Leben gerufen. Dabei geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. Zunächst steht das Thema „Demokratie und Wahlen“ auf dem Stundenplan—abschließend geht es dann an die Wahlurne. Das Ergebnis wird am Wahlsonntag, dem 24. September 2017, bekannt gegeben. Die Juniorwahl ist ein Angebot zur politischen Bildung und selbstverständlich kostenlos. Alle Schulformen der Sekundarstufe I und II und Berufsschulen und die Klassenstufen 7 bis 13 sind aufgerufen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Die Juniorwahl wird in diesem Jahr auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt, wohingegen bisher die Bundesländer je nach Interesse sich beteiligt haben. Für die Juniorwahl werden Unterrichtspakete mit speziellen Unterrichtsbüchern für jede Lehrkraft, Materialien mit verschiedenem Anforderungsniveau und Fortbildungsangebote als Seminar oder Video angeboten. Das Wahlpaket umfasst Klassensätze an Wahlbenachrichtigungen, Wahlurne und Wahlkabinen, Stimmzettel Ihres Bundestagswahlkreises. Diese Materialen werden finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Verein Kumulus e.V.

So kann man mitmachen:
Anmeldeformular—www.juniorwahl.de
E-Mail: kontakt@juniorwahl.de
Anrufen: 0180-1234 0180

Weitere Informationen erhalten Sie auch im Wahlkreisbüro Roland Claus, MdB, Salzstraße 38, 06618 Naumburg. Telefon: 03445/261233—E-Mail: roland.claus.wk@bundestag.de

Persönliche Erklärung von Swen Knöchel zu erhobenen Vorwürfen im Zusammenhang mit dem Kinderland e.V.

Zur Berichterstattung in der Mitteldeutschen Zeitung am 21. März 2017 im Zusammenhang mit dem Kinderland e.V. und die dort gegen ihn erhobenen Vorwürfe erklärt der Fraktionsvorsitzende Swen Knöchel: Von der Anzeige habe ich erst durch Nachfrage der Mitteldeutschen Zeitung Kenntnis erlangt. Den Vorwurf der Untreue weise ich entschieden zurück. Ich nehme für mich in Anspruch, die ausschließlich ehrenamtliche Arbeit im Verein und im Vereinsvorstand nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt zu haben.

Was macht der Kinderland e.V.?
Vor mehr als 25 Jahren suchten Engagierte nach Wegen, um Kindern und Jugendlichen schöne und erlebnisreiche Ferienlager und Freizeiten ermöglichen zu können. Auch wenn das Budget Zuhause knapp sein sollte, wollten wir gute Möglichkeiten für Familien und vor allem deren Kinder schaffen. 1991 gründete sich der Kinderland e.V. in Sachsen-Anhalt. Seitdem konnten tausende Mädchen und Jungen über diesen Träger verreisen.
Der Landesverband hat seit langem strukturelle Probleme. Ich habe gemeinsam mit anderen Aktiven versucht, die Arbeitsfähigkeit des Vereins aufrechtzuerhalten. Was der Anstrengung vieler bedurfte, soll nun anscheinend wenigen angelastet werden. Vor diesem Hintergrund interpretiere ich die Anzeige gegen mich und das damit verbundene Drängen in die Öffentlichkeit. Dies enttäuscht mich sehr, haben wir doch innerhalb des Vereins lange gemeinsam und mit viel Herzblut an einem guten Ziel gearbeitet.
Meine persönliche Tätigkeit im Kinderland e.V.
Seit 1995 bin ich Vorstandsmitglied des Vereins. Seit 2000 bin ich im Landesvorstand von Kinderland Sachsen-Anhalt e.V. ehrenamtlich für die Geschäftsführung der Kindertagesstätte "Pusteblume" in Bitterfeld-Wolfen verantwortlich.
Als Kassenwart war ich seit 2004 auch verantwortlich für die Erstellung der Jahresabschlüsse. Die Steuererklärungen waren nach Bestätigung der Jahresabschlüsse durch die Gesamtmitgliederversammlung beim Finanzamt einzureichen. Die letzte Gesamtmitgliederversammlung fand am 22. November 2008 statt, so dass ich auch nur bis zu diesem Zeitpunkt die Steuererklärungen des Vereines erstellen und unterschreiben durfte. Die laufende Buchführung und Aufzeichnung des Vereins habe ich fortlaufend geführt.
Ich habe auf die Problemstellung der seitdem ausbleibenden Gesamtmitgliederversammlungen hingewiesen, jedoch kam es aus verschiedenen Gründen zu keiner erneuten Gesamtmitgliederversammlung. Im September 2014 habe ich das Gespräch mit dem Jugendamt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld gesucht und auf die problematische Situation des Vereines und die daraus resultierenden Probleme für die Kindertagesstätte hingewiesen. Danach beschränkte sich meine Tätigkeit darauf, mit einer Mitgliederversammlung die Handlungsfähigkeit des Vereines wieder herzustellen, was im November 2015 gelang. Zu diesem Zeitpunkt gab ich das Vorstandsamt auf und habe dem neuen Vorstand sämtliche Jahresabschlüsse und Unterlagen des Vereines übergeben.
Der aktuelle Vorstand hat bis heute keine Neuregelung der Bankberechtigungen getroffen. Deshalb habe ich auf Bitte und Anweisung des Vorstands bis zum jetzigen Zeitpunkt Zahlungsanweisungen, die den Betrieb, insbesondere die Gehaltszahlungen der Erzieherinnen der Kita »Pusteblume« sicherten, vorgenommen. Aus heutiger Sicht weiß ich, dass ich konsequenter auf die Einhaltung der Regularien hätte drängen müssen.
Seitens des Vereinsvorstandes erfolgten seit Januar 2016 keinerlei Nachfragen zu den von mir übergebenen Unterlagen. Die in der Mitteldeutschen Zeitung berichtete Anzeige des Vereinsvorstands ist die erste Information, die ich zu den konkreten Vorwürfen erhalten habe. Zu den Sachverhalten über mich oder Dritte kann ich ohne Kenntnis derer und Sichtung der Unterlagen bislang keine weitere

Kaffe und Kuchen mit Swen Knöchel

Die Einladung zu Kaffee und Kuchen in der Zeitzer Geschäftsstelle mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Landtag von Sachsen-Anhalt Swen Knöchel haben viele Genossen gern angenommen. Der Tisch war reich gedeckt mit leckerem Kuchen von unserem Lars Brzyk. Dazu gab es einen guten Kaffee. Swen hat sich für das Kommen bedankt und den Wunsch geäußert, die Menschen und Probleme unserer Region näher und besser kennen zu lernen. Er hat zuerst von der Arbeit in der Landtagsfraktion berichtet. Dabei ging es um Kindergartenbeiträge, Lehrermangel, fehlende Sozialarbeiter und pädagogische Mitarbeiter sowie die befristete Einstellung von Sprachlehrern. Die Linke fordert Verbesserungen und eine breitere Unterstützung der Kommunen durch das Land. Auch das Gesundheitswesen war ein Thema, bei dem sich die Linken schon erfolgreich eingebracht haben. Das sind auch die Probleme, die unsere Genossen hier angesprochen haben. Fehlende Lehrer, Ärzte und fehlende Polizeipräsens sind das Resultat einer verkehrten Sparpolitik der vergangenen Jahre.

Der Nachmittag ging viel zu schnell vorbei und Swen hat versprochen, diese Art des Kennenlernens im Mai zu wiederholen.

März 2017 Iris Korwie

Vom Stolperstein zum Sprungbrett

Ein Landkreis fühlt sich zuständig in Sachen Bildung

Bildungspolitik liegt in Länderhoheit. Und dennoch machen sich immer mehr Landkreise auf den Weg, kommunale Bildungslandschaften zu organisieren. Die Landkreise sind Schulträger, Träger der Berufsschulen und Volkshochschulen, der Musikschulen, mitverantwortlich sind sie für die kommunalen und freien Kindertagesstätten. Ein geballtes bildungspolitisches Potenzial also. Und es drängt sich geradezu die Frage auf, was lässt sich damit in Zuständigkeit des Landkreises anfangen? Wie kann man das für Schüler*innen, für Lehrkräfte und überhaupt für die Entwicklung des Landkreises nutzen? Der Landkreis ludt deshalb ein zu seiner 1. Bildungskonferenz am 29. April 2017 in das Euroville in Naumburg. Viele Interessent*innen waren gekommen: neben vielen kommunalen Mandatsträger*innen waren Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Pädagog*innen, Erzieher*innen, Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Trägern freier Einrichtungen und der hier ansässigen Unternehmen gekommen. Und es war keineswegs nur die Neugier auf den Vortrag von Prof. Dr. Rita Süßmuth, der für so viel Interesse sorgte, wenngleich der allein sogar eine lange Reise wert war. Selten so viel Kluges und Interessantes in Sachen Bildungserfahrungen gehört. Es ging um Kennenlernen: Was gibt es denn so alles auf dem „Bildungsmarkt“ in der Region? Es ging um Vernetzung: Wer ist denn auf kurzem Weg in welcher Frage ansprechbar? Mit wem lassen sich künftige Vorhaben planen? Es ging um Erfahrungsaustausch: Wie werden Probleme gelöst? Welche Erfolgsrezepte gibt es? Und es ging um unterschiedliche Perspektiven auf Probleme: Zum Beispiel wenn die Zusammenarbeit mit den Eltern bei Schüler*innen in problembeladenen Lebensumständen einfach nicht gelingen will? Wie sieht es das Ordnungsamt? Was denkt der Schulsozialarbeiter darüber? Da kommt man schon als Zuhörerin schwer ins Nachdenken und versteht das eine oder andere dann doch etwas besser.

So kann ein Anfang gelingen, der Anfang eines Weges hin zu einer solchen kommunalen Bildungslandschaft, die nicht nur das Image eines Landkreises prägt – schon allein das ist ein sehr nützliches Vorhaben - , sondern die tatsächlich denen nutzt, die in ihrem Bildungsweg unterstützt werden sollen: Kinder und Jugendliche.

Im Sommer wird der erste Bildungsbericht des Burgenlandkreises erwartet. Bereits jetzt zeigen sich die schwierigen Punkte: Die Schuleingangsuntersuchung zeigt, dass mehr als 30% der Kinder im Landkreis einen sprachtherapeutischen Förderbedarf haben. Im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren stieg dieser Anteil leicht und liegt seit 2010 über dem Landesdurchschnitt. Rund 9% der Schulabgänger*innen im Schuljahr 2015/ 2016 verließen die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss zu erreichen. Von den 76 allgemeinbildenden Schulen im Burgenlandkreis ist nicht einmal die Hälfte mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Sie fehlen vor allem an Grund- und an Förderschulen. Allein dieser Blick auf die Ausgangslage zeigt: Es gibt viel zu tun. Aber de erste Schritt ist getan: Der Landkreis fühlt sich zuständig.

Birke Bull-Bischoff

Denkanstöße zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenden Welt

Politische Bildung, Teil 41d

Ein wichtiges Manko der verschiedenen von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Bundesregierungen—besonders auch der Großen Koalition—besteht in der zu großen Wirtschaftsnähe ihrer Politik. Symptomatisch dafür sind der Umgang mit der Finanzkrise—die Banken zu sanieren bildete den Kern-, das Hin und Her in der Energiepolitik—besonders bezüglich des Abschaltens der AKW bei weitgehend noch ungeklärter finanzieller Bewältigung dieses Problems, der Umgang mit dem Abgasskandal von VW und anderen Autokonzernen. Es ist auch zu unterbinden, dass Lobbyisten in so hohem Maß Einfluss haben auf den Inhalt der Gesetze, beispielsweise bezüglich der Autoindustrie und im Gesundheitswesen (Pharmakonzerne). Der überaus rasche Umstieg von Berufspolitikern in Leitungsgremien der Wirtschaft ist angemessen kontrolliert zu steuern. Generell müssen Bundesbehörden die ihnen obliegende Kontrolltätigkeit qualifiziert ausführen. Die der Praktizierung des neoliberalen Wirtschafts– und Gesellschaftsmodells entspringenden Privatisierungen unterminieren die bürgerlich-demokratische Zivilgesellschaft. Wohnungsbau und Wohnungsbestand, öffentlicher Reiseverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung, Krankenhäuser, kulturelle Einrichtungen—allenthalben wird privatisiert. Städte und Dörfer sind infolge aufgezwungenen Sparens gezwungen, kommunales Eigentum zu veräußern. Jetzt denken manche Politiker schon daran, Autobahnbau und –erhaltung zu privatisieren. Auf allen diesen Feldern gibt die Politik das Primat ab an das private Wirtschaften, dessen Endzweck die Rendite darstellt.

Eine Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn ein Mindestmaß an Ausgewogenheit und sozialer Gerechtigkeit, die Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Das derzeitige Estabilshment muss ersetzt werden durch Regelungen für eine gedeihliche Gesellschaftsentwicklung. Die grundlegenden, elementaren Bereiche—Energie– und Wasserversorgung, die Kernteile der digitalen Informationstechnik, Krankenhäuser, der Kern der Bildungseinrichtungen (Kitas, Schulen, Fachschulen, Hochschulen, Universitäten), das Verkehrswesen—sind zu vergesellschaften. Vergesellschaften sollte in vielerlei Formen gemäß ihrer für die Bürgerinnen und Bürger effektivsten Handhabbarkeit erfolgen: als staatliches, genossenschafliches, kommunales Eigentum oder in Form öffentlicher behördlicher Kontrollgremien. Alle diese Schritte gesellschaftlicher Veränderung basieren auf dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, vornehmlich auf den Artikel 14 und 15.

Deutschland sollte wieder wie nach der Katastrophe von Fukushima als Vorreiter für das schnellstmögliche Stilllegen der AKW und die Umorientierung auf die Energiegewinnung aus Wind-, Solaranlagen und anderen erneuerbaren Rohstoffen (Biomasse—aber nicht zu Lasten der Landschaft) setzen. Dazu bedarf es des erforderlichen Stromnetzes, um die gewonnene Elektroenergie zu speichern und dorthin zu transportieren, wo sie gebraucht wird (von Norden nach Süden). Ein Konzept zu dessen Realisierung muss auch eine ausgewogene Kostenverteilung enthalten. Es ist nicht in Ordnung, wenn beispielsweise Sachsen-Anhalt von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen erbringt und dafür noch die höchsten Strompreise zu zahlen hat.

Großer Nachholebedarf haben die deutschen Autokonzerne beim Umstieg auf Fabrikate mit geringerer oder keiner Umweltbelastung—insbesondere durch die Produktion von Elektrofahrzeugen mit solchen Parametern, dass sie international konkurrenzfähig und preislich erschwinglich sind. Da helfen auch keine staatlichen Prämien für Elektroautokäufer. Die Umweltbelastung wäre auch spürbar zu senken, wenn der noch weiter anwachsende Güterverkehr—namentlich Gefahrgütertransporte auf die Schiene verlagert würde.

Was das Erfordernis des schonenden Umgangs mit den Naturressourcen anbelangt, muss weniger energieintensiv produziert werden und so, dass weniger Abfall anfällt. Unzureichend werden regionale wirtschaftliche Kreisläufe entwickelt. Als Region sollte ein Umkreis von etwa 100 Kilometer gelten. Ein großer Teil des Abfalls bei Lebensmitteln resultiert aus dem Überangebot—namentlich in den Discountern. Zudem ist verstärkt daran zu arbeiten, bei den Verbrauchern ökologisches Bewusstsein auszuprägen. Es erscheint nicht gerade als sinnvoll, wenn fernab der hiesigen Vegetationszeiten Spargel aus Peru im Handel angeboten wird. Man fragt sich, ob es sinnvoll ist, bei uns Runkelrüben aus Neuseeland als Futtermittel anzubieten.

Die Bundesregierung ist gefordert, aktiv zur Umsetzung des Klimaschutzabkommens von Paris und Marakesch beizutragen—auch angesichts der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten. Hier sollte es keinesfalls ein Einknicken Deutschlands und der Europäischen Union geben. Es ist auch notwendig, die Gesamtthematik Naturressourcen und Klimawandel für die Bürgerinnen und Bür-

ger verständlich zu machen, damit sie in der breiten Öffentlichkeit mit Sachlichkeit und Deutlichkeit—ohne Übertreibung—bekannt wird und jeder weiß, was in den nächsten Jahrzehnten auf die Zivilgesellschaft zukommt. Bezüglich der künftigen Wirtschaftsentwicklung ist ein fundamentales Umdenken vonnöten.

Im Industriezeitalter ist es üblich geworden, stets auf Wirtschaftswachstum zu orientieren. Tatsächlich ist das im 19. und 20. Jahrhundert namentlich in Friedenszeiten gelungen. Stetiges Wirtschaftswachstum war die erstrangige Triebkraft für den wachsenden Konsum von Lebensmitteln und anderen Gütern, für zunehmenden Wohlstand auch für die breiten Massen. Symptomatisch dafür ist die mit dem damaligen so genannten Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik verbundene Gesellschaftsentwicklung. Das war auch Ausdruck der Effizienz der sozialen Marktwirtschaft. Bereits 1970 wies der Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hin wegen der begrenzten Naturressourcen. Das hat im 21. Jahrhundert existenzielle Bedeutung. Unterstrichen wird das durch die wachsende Anzahl der auf unserem Planet lebenden Menschen. Da gilt es zu haushalten mit den Ressourcen. Die Agrarproduktion muss rationell betrieben werden, damit die Umwelt geschont und die Bodenfruchtbarkeit nicht nur erhalten bleibt, sondern möglichst noch verbessert, dass Aussterben von Pflanzen– und Tierarten gestoppt wird.

Die Produktivität menschlicher Arbeit bewirkte den inhaltlichen Aufstieg und die Ausgestaltung der menschlichen Zivilisation. Diese Produktivität wird auch künftig voranschreiten. Doch im 21. Jahrhundert gibt es dafür ökologisch und klimatisch bei begrenztem Vorhandensein von Naturressourcen schwierigere Bedingungen. Dazu kommt, dass die Erdbevölkerung insgesamt weiter anwächst, vorrangig in Asien und Afrika.

Die Ökonomen und die Politiker müssen umdenken. Ins Zentrum ihrer wirtschaftspolitischen Überlegungen muss die gerechte Verteilung des Bruttosozialprodukts rücken—sowohl in globaler wie auch nationaler Hinsicht. Global geht es besonders um Fairness bei Investitionen in Entwicklungsländern, um echte Entwicklungshilfe und fairen Handel. Was Deutschland anbelangt, so stieg hier das Bruttoinlandssozialprodukt pro Kopf seit 1991 real um 30 Prozent. Das mittlere Haushaltseinkommen dagegen legte nur um acht Prozent zu. Die ärmsten Schichten der Bevölkerung haben 2016 weniger Geld als vor 25 Jahren. Es wächst die Ungleichheit als Folge von Globalisierung und Freihandel. 1) Große Teile der Bevölkerung der USA, die Mittelschichten, sind seit 40 Jahren zu keinem höheren Einkommen gelangt und haben angesichts dieser Ungerechtigkeit Trump gewählt. Die höchst ungleiche Verteilung des Wohlstands ist Quelle von Unzufriedenheit und Ankommen von rechtspopulistischen Parolen. Es bedarf einer Kehrtwende bei der Verteilung des Wohlstandes dergestalt, dass alle Bevölkerungsschickten angemessen daran Anteil haben. Nur so können Menschen in Deutschland, in der EU und in anderen Ländern von den Regierenden mitgenommen werden. Die Europäische Union müsste sich gewissermaßen neu erfinden. Die Bundesregierung muss effektiv dahin hinwirken, die derzeit krisengeschüttelte EU durch eine auf die Interessen der Menschen konzentrierte Wirtschafts– und Sozialpolitik in die Lage zu versetzen, jederzeit in der globalen Auseinandersetzung von den USA, Japan, China und Indien auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Ansonsten könnte sich die EU in einer internationalen Hinterhofposition wiederfinden. Bis tief ins 20 Jahrhundert hinein war Europa die Wiege des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt. Die Werte Einigkeit, Recht, Freiheit, Brüderlichkeit, Toleranz sind von dort ausgegangen. Jahrhundertelang wirkte Europa als Katalysator des Fortschritts in der Welt.

Trotz nicht weniger Schwachstellen der Europäischen Union—mit heißer Nadel des politischen Profilierens wegen gestrickt mit Vorrang von Währungs– und Wirtschaftsunion und sträflicher Hintenansetzung des Sozialen zugunsten der Vormacht der Großkonzerne und Banken, in hochgradig mangelnder Volksnähe, mit viel zu viel Bürokratie—stellt das Bündnis eine große historische Errungenschaft dar. Europa stellte bislang den hauptsächlichen Ausgangspunkt der großen Kriege dar. Die Europäische Union wurde sogar schon mit einem Friedensnobellpreis wertgeschätzt. Deshalb bedarf es ihres weiteren Ausbaus auf der Basis der Interessen der Völker. Schwerpunkt muss die Stärkung des Sozialunion sein. Der Schaffung einer EU-Armee bedarf es nicht. Die Europäische Union wird nicht militärische bedroht, auch nicht von Russland. Von dieser ideologischen Fiktion sollte sich deutsche Politik vollends trennen.

Die Europäische Union ist konsequent zu verteidigen gegen bereits herrschende oder zur Macht drängende Rechtspopulisten (Ungarn, Polen, baltische Länder u.a.). Nationalstaatliche Abschottung ist unter den Bedingungen der Globalisierung, im 21. Jahrhundert kein brauchbares Zukunftsprojekt.

Tag der älteren Generation - KAG Senioren fordert:

Der Tag der älteren Generation am 5. April in diesem Jahr ist ein internationaler Aktionstag der Mitmenschen auf die Belange und Sorgen der älteren Generation aufmerksam machen soll. Auch die Kreisarbeitsgemeinschaft SENIOREN unserer Partei im Burgenlandkreis möchte es nicht versäumen mit einer Veröffentlichung anlässlich dieses Aktionstages auf Forderungen und die Rolle der alten Menschen im Alltag und deren besonderer Lebenslagen aufmerksam zu machen.

Wie stellen wir uns zukünftig die Teilhabe der älteren Generation vor?
Die Seniorenpolitik wird oft stiefmütterlich behandelt und hintenan gestellt, doch berührt gerade dieses Politikfeld einen Großteil der Bevölkerung unseres Landes. Es fehlt bislang sowohl im Bund als auch im Land eine langfristig orientierte seniorenpolitische Strategie sowie die Sicherung wirksamer Strukturen und die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung. Hier sind alle politischen Akteure gefragt, dies zu ändern. Bislang haben sich die regierenden Parteien geweigert, der älteren Generation die so wichtige politische Teilhabe am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess aus ihrer gesonderten Stellung heraus zu gewähren. Es ist oft nicht möglich, Seniorenbeiräte oder Interessenvertretungen der älteren Generation zu installieren, da unter den regierenden Parteien dieses Mitwirkungsmittel als überflüssig gilt.

Weiterhin braucht es starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen, um im demographischen Wandel die politischen Spielräume für ältere und mit älteren Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln. Viele gute Ideen wurden bisher von uns eingebracht, doch finden sie wenig Beachtung bei den regierenden Parteien—so zum Beispiel das „Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren am gesellschaftlichen Leben in Sachsen-Anhalt.“

Ein vor 25 Jahren als gutes und wirksames Instrument der Förderung eingeführter Bundesaltenplan wurden in dieser Zeit kaum weiterentwickelt, obwohl es in diesem Vierteljahrhundert einen Anstieg der über 65-Jährigen um rund 5,2 Millionen auf 17,1 Millionen (Anstieg um 43%) gab. Es ist unbedingt notwendig, dieses Förderinstrument an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und auf Bundesebene somit die Förderung von Seniorenorganisationen, gerontologische Forschung und entsprechende Modellprogrammen weiter voranzubringen. Außerdem muss es uns gelingen, entsprechende Forschungen zur Lebenssituation hochaltriger Menschen voranzubringen, um auch für diese Personengruppe eine solide Grundlage für politisches Handeln zu gewährleisten. Hochaltrige Menschen können nur in sehr geringem Umfang für ihre Belange selbst eintreten und brauchen daher entsprechende Unterstützung der jüngeren Generation.
Weiterhin müssen wir uns für eine armutsfeste Rentenabsicherung einsetzten. Über die persönliche Rentenhöhe entscheidet heute die Berufs– und Einkommensbiografie. Niedrige Löhne und Beiträge, unterbrochene Erwerbsbiographien, sinkendes Renteniveau, Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigung sowie ein vorgezogenes Ausscheiden aus dem Berufsleben führen heute zu sehr niedrigen Renten bis hin zum Angewiesensein auf Grundsicherung zum Lebensunterhalt. Dies müssen wir mit einer gut ausgewogenen und gerechten Rentenpolitik ändern und eine geseltzliche Rentenversicherung schaffen, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen müssen, egal ob sie Beamte, Politiker oder Selbständige sind. Nur damit kann die Verhinderung und Bekämpfung von Altersarmut gelingen.

Die ältere Generation ist heute im freiwilligen Dienst engagierter denn je, aber oft auch auf das freiwillige Engagement der jüngeren Altersgruppen angewiesen, dies ist ein wichtiger Baustein in der Altenarbeit heute, darf aber nicht zur Kompensation von pflegerischer und betreuerischer Erwerbsarbeit ausgebaut werden. Alles auf die Schiene des Ehrenamtes abzuwälzen, ist der falsche Weg. Beratung, Vermittlung und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene sind wichtig und müssen mit Bildungsangeboten für die ältere Generation ergänzt werden.

Katja Bahlmann

Georg Theis (DIE LINKE.): Finger weg von Omas Rente!

Im Jahr 2002 beschloss die damalige rot-grüne Bundesregierung ein Rentengesetz, welches eine Kehrtwende in der Rentenpolitik einleitete, die vorher undenkbar gewesen wäre. Die Arbeitgeberbeiträge wurden drastisch gesenkt, während die Beschäftigten über ihnen aufgezwungene Riester- und Rürup-Verträge für die private Vorsorge tiefer in die Tasche greifen mussten und man sie schamlos der Profitgier der Versicherungsbranche aussetzte.

2007 wurde mit der Großen Koalition unter Führung Angela Merkels und dem Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering (SPD) ein weiteres Mal die Axt an das Rentensystem gelegt, in dem man das Renteneintrittsalter auf 67 erhöhte, was offensichtlich Finanzminister Schäuble und der CSU nicht reicht, wollen sie doch das Eintrittsalter am liebsten auf 70 oder gar 75 Jahre heraufsetzen. Die Folgen dieser Politik können wir jetzt sehen: Fast 6 Millionen Menschen droht die Altersarmut, da sie trotz jahrzehntelanger Arbeit zu wenig Rentenansprüche erworben haben oder durch Arbeitslosigkeit oder gesundheitliche und körperliche Einschränkungen früher in Rente gehen mussten und nun mit erheblichen Abschlägen rechnen müssen. Denn für jeden Monat, den man vor dem 67. Lebensjahr in Rente geht, muss man einen Abschlag von 0,3 % in Kauf nehmen, das sind 3,6% im Jahr. Wer also mit 63 in Rente geht, muss mit einem Abschlag von sage und schreibe 14,4% monatlich rechnen. Daran ändert auch Frau Nahles´ wohlwollend klingende ,,Rente mit 63" nichts, denn sie ist eine Mogelpackung. Sie macht 45 Beitragsjahre zur Bedingung und gilt nur für den Jahrgang 1952. Danach geht das Renteneintrittsalter im 2-Monatsrhytmus hoch 65 und dann auf 67.

Und anstatt wie DIE LINKE dafür Sorge zu tragen, diese Mogelpackung zu korrigieren und allen Menschen bereits nach 40 Beitragsjahren mit spätestens 60 den Renteneintritt zu ermöglichen, hält die SPD weiterhin an dieser Politik fest und setzt nach dem ganzen Flop mit Riester und Rürup nunmehr auf Betriebsrenten. Und jedem Kritiker dieser ,,Reformen" wird dann erklärt, man müsse ja den demografischen Wandel beachten, schließlich werden immer weniger Kinder geboren. Was ist denn das für ein Irrsinn?! Zum Einen, ja es könnten und müssten mehr Kinder geboren werden, aber die Geburtenrate ist genauso hoch wie in den 70er Jahren; und zum Anderen: Seit wann erarbeiten Kinder unseren Wohlstand?!
Nein, wer will, dass genügend Geld in die Rentenkasse fließt, der muss sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu ordentlichen Löhnen und Beitragssätzen schaffen und die 3 Milliarden €, mit denen die privaten Versicherungen jedes Jahr subventioniert werden, ebenso wie die Profite, die sie machen, der gesetzlichen Rente überführen.
Das kann doch wohl nicht so schwer zu verstehen sein! Und dann ist es natürlich notwendig, zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung überzugehen, in die alle, auch Freiberufler, Selbstständige, Beamte, Politiker, Ärzte und Rechtsanwälte einzahlen und bei der alle Einkunftsarten, auch die aus Mieten, Pachten, Zinsen, Kapitalvermögen, Leasingraten und Lizenzgebühren herangezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft und der damit verbundene Rentenanstieg ab einem Einkommen von 10.000 € auf maximal das Doppelte des Durchschnittsverdienstes in Deutschland abgeflacht und im Sinne des solidarischen Ausgleichs umverteilt, hin zu denjenigen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor nicht genug in die Rente einzahlen konnten. Nur so kann die Rente auf verlässliche Füße gestellt und Altersarmut verhindert werden.
Neben der Volksversicherung ist jedoch auch die Einführung einer Bruttowertschöpfungsabgabe dringend geboten. Sie hätte zur Folge, dass die Betriebe nicht länger nach der Anzahl der Beschäftigten und nach der Höhe der Löhne in die gesetzliche Rente einzahlen, sondern nach der Höhe der Gewinne. Das wäre wirklich mal eine Reform. Und natürlich muss zu allerst an diejenigen gedacht werden, die am meisten von Altersarmut betroffen sind - und das sind nunmal die Langzeitarbeitslosen und die prekär Beschäftigten. Und hier setzen wir als einzige Kraft im Parlamentsbetrieb und politischen Leben darauf, dass endlich auch Ausbildungszeiten berücksichtigt werden und fordern überdies die Wiedereinführung und deutliche Erhöhung der Rentenzuschüsse für Hartz IV-Empfänger, so als würden sie Beiträge wie bei der Hälfte des Durchschnittslohnseinkommens abführen, und fordern die Rente nach Mindestentgeltpunkten.

Das heißt im Klartext, wir wollen mit Steuermitteln den Rentenanspruch auf 3/4 des Durchschnittseinkommens anheben und falls notwendig eine solidarische Mindestrente von 1050 € finanzieren. Auch deshalb fordern wir die Vermögenssteuer.

Das Rentenniveau muss allgemein auf 53% des letzten Bruttolohns angehoben werden und die Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren, mit denen der gesetzlichen Rente Geld entzogen wird, dass dann den Privatversicherungen zufließt, sind zurückzunehmen. Wir wollen ein Ende des neoliberalen Betrugs! Versicherungsfremde Leistungen, wie die Mütterrente, sind familienpolitische Leistungen. Sie müssen über Steuern finanziert werden statt die Rentenkasse weiter zu belasten. Umschulungen sind über die Arbeitslosenversicherung zu finanzieren und Rehamaßnahmen über die Kranken- und Pflegeversicherung. DIE LINKE hat also einen umfassenden Katalog an Maßnahmen, die die Rente wirklich dauerhaft sicher macht und einen würdigen Lebensabend für alle garantiert. Und eine rot-rot-grüne Bundesregierung wird es mit uns nur geben, wenn SPD und Grüne bereit sind, diese Vorschläge zu übernehmen und mitzutragen.

Die Verhinderung und Bekämpfung von Altersarmut hat oberste Priorität für uns.

Wir bleiben dabei: Finger weg von Omas Rente!

Dilettantismus? Arbeitsverweigerung? Beides!

Zur Meldung über den totalen Unterrichtsausfall an der Grundschule „August Hermann Francke“ in Wernigerode erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann:

„Der massive Unterrichtsausfall an immer mehr Schulen ist angesichts der katastropalen Lehrkräfteversorgung und der völligen Überlastung der Kollegien so vorhersehbar, wie der morgendliche Sonnenaufgang. Sieht man von Durchhalteparolen und Worthülsen ab, schaut das Bildungsministerium dem schrittweisen Zusammenbruch der Unterrichtsversorgung tatenlos zu. Im Westen der Republik sei es auch nicht besser, worüber also klagen? Die Pädagogen vor Ort müssen mit dem Ausfall, den Erwartungen der Schüler und dem Frust der Eltern selber klar kommen.

Immer wieder wird auf die vielen Neueinstellungen im letzten Jahr verwiesen. Verschwiegen wird, dass genauso viele Lehrkräfte ausgeschieden, langzeiterkrankt oder in Elternzeit sind. Die Anzahl der Lehrer vor der Klasse hat sich gegenüber dem letzten Schuljahr nicht erhöht. Gleichzeitig sitzen in den Klassen aber zweieinhalbtausend Schüler mehr.

Die Unterrichtsversorgung ist damit auf dem neuen Tiefststand von 99,5 Prozent. Diese schlechte Versorgung trifft die Schulen aber nicht gleichmäßig. Insgesamt konnten vom ersten Schultag an nur 97,5 Prozent des vorgesehenen Unterrichtes überhaupt angeboten werden. An vielen Schulen waren es deutlich unter 90 Prozent. Und das auch nur, solange alle Lehrkräfte anwesend sind und gesund vor den Klassen stehen. Mit den Krankheitswellen geht an vielen Schulen gar nichts mehr.

Das Bildungsministerium hätte längst mindestens weitere 300 – 400 Lehrkräfte gewinnen und einstellen müssen. Das hat die Fraktion DIE LINKE in den letzten Monaten unermüdlich gefordert. Doch selbst bei der letzten Einstellungsrunde zum 1. Februar wurde seitens des Ministeriums gemauert und im Schneckentempo agiert. Wie aus einer aktuellen kleinen Anfrage der Fraktion hervorgeht, wurden dabei erneut etwa 250 voll ausgebildete Lehrkräfte, die sich auf die ausgeschriebenen Stellen beworben hatten, abgewiesen.

Es ist ein Frevel an den Kindern und Jugendlichen, eine Zumutung für die Pädagogen und ein nachhaltiger Schaden für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Landesregierung muss endlich aufwachen und gegensteuern und die derzeit zur Verfügung stehenden Lehrkräfte einstellen. Zudem müssen mit der Martin-Luther-Universität sofort Verhandlungen aufgenommen werden, um die Ausbildung von mindestens 700 Lehramtsstudenten pro Jahr abzusichern. Bisher ist das nur Wunschdenken von Minister Tullner, eine Zusage der Universität ohne zusätzliches Geld für die Ausbildung gibt es dafür nicht. Das wurde von der Landesregierung jedoch entgegen den Forderungen der Fraktion mit dem Beschluss zum neuen Landeshaushalt verweigert.

Die Situation lässt sich nicht länger schönreden, die Fakten sprechen eine zu klare Sprache. Zieht der Minister es weiter vor, das Unterrichtsangebot zu kürzen statt neue Lehrer einzustellen, dürfte Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich im kommenden Schuljahr mal wieder die rote Laterne übernehmen.

Bittere Bilanz der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt hat ihre Jahresbilanz 2016 vorgestellt. Dazu erklärt Henriette Quade, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus:

„Die Bilanz ist bitter und mehr als alarmierend. Mit einem Blick auf die Ereignisse der letzten Jahre kommt sie aber nicht überraschend. Nachdem sich bereits 2015 die Zahl der rechts motivierten Angriffe verdoppelt hat, müssen wir nun erneut eine Steigerung auf hohem Niveau feststellen. Dass insbesondere die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten und der Angriffe auf Geflüchtete erneut stark gestiegen sind, zeigt, dass der enthemmten politischen Stimmungsmache gegen Geflüchtete, die seit der Landtagswahl auch im Landtag von Sachsen-Anhalt stattfindet, enthemmte Gewalt folgt.

Dass vor allem die Angriffe auf Kinder in so drastischer Weise gestiegen sind, ist ein besonders besorgniserregender Befund, der eine Verrohung der Gesellschaft zeigt. Die Tatsache, dass auch sechs versuchte Tötungen zu verzeichnen sind, zeigt die tödliche Dimension rechter Gewalt. Es bleibt dabei: Schuld tragen die Täter, Verantwortung all jene die gegen Geflüchtete hetzen, Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren und damit die Munition für rechte Angriffe liefern.

Das nach wie vor bestehende Wahrnehmungsdefizit der Polizei von über 40% der Fälle rechter Gewalt, die Tatsache, dass Betroffene um ihre Anerkennung als Opfer rechter Gewalt kämpfen müssen, dass Polizei und Justiz auf Grund der Personalsituation offensichtlich massiv überlastet sind und Betroffene lange auf ihre Zeugenvernehmung warten müssen, dass rassistische Gewalt oft verharmlost wird, dass die Zahl der Einstellung solcher Verfahren groß ist - all das zeigt den dringend notwendigen Handlungsbedarf.

Neu ist das derweil nicht: Seit geraumer Zeit weisen die Opferberatungen darauf hin, seit geraumer Zeit ist auch klar, dass die Zahl der Opferberatungsstellen und -berater nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken und die so wichtige Arbeit zu leisten. Das ist nichts anderes als ein Skandal.

Auch DIE LINKE hat mit ihren parlamentarischen Initiativen zahlreiche Vorschläge gemacht und die Stellschrauben aufgezeigt. Die Landesregierung muss endlich handeln!

„Die G20 reden von Armutsbekämpfung in Afrika und treiben gleichzeitig die neoliberale Globalisierung voran, die zur weltweiten sozialen Ungleichheit geführt hat. Deshalb brauchen wir keine informellen Formate der G20, sondern wirtschaftspolitische Initiativen der Vereinten Nationen, um gerechte Handelsstrukturen aufzubauen. Dazu muss die Welthandelsorganisation WTO unter das Dach der UN gestellt werden, um den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 Vorrang vor Profitinteressen zu geben. Ohne weltweite soziale Umverteilung bleibt die Agenda 2030 ein hohles Versprechen“, erklärt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Hänsel weiter:

„Die aktuelle Freihandelspolitik und EU-Freihandelsabkommen mit Afrika verschärfen die soziale Ungleichheit und fördern Fluchtursachen, statt sie zu verhindern. Deshalb muss die EU ihre aggressive Marktöffnungspolitik endlich beenden, statt Entwicklungszusammenarbeit an Bedingungen wie Migrationsabwehr zu knüpfen, um sich vor den Folgen ihrer eigenen Politik abzuschotten.

Afrika kostet die Steuerflucht und Vermeidung jährlich mehr als 100 Milliarden Euro, die zum Aufbau von Sozialsystemen und Infrastruktur fehlen. Eine wirksame Bekämpfung der vorherrschenden Steuerflucht ist längst überfällig. Seit der Enthüllung der Panama Papers ist so gut wie nichts passiert, und auch die EU ist nach wie vor ein Paradies für Steuerflucht. Mit einem verpflichtenden öffentlichen country-by-country-reporting für multinationale Konzerne wäre es möglich, die Steuerfluchtpraktiken offenzulegen. Finanzminister Schäuble macht sich zum Handlanger von Steuerhinterziehern, indem er ein öffentliches Register gegen Briefkastenfirmen blockiert - trotz Panama. Armutsbekämpfung und Steuergerechtigkeit sehen anders aus.“

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Di	04.04.	Fraktionssitzung Stadtratsfraktion DIE LINKE Wsf	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Sa	08.04.	Kreisparteitag DIE LINKE Burgenlandkreis	10.00 Uhr	Freyburg, Hotel Edelacker
Di	11.04.	Fraktionssitzung Stadtratsfraktion DIE LINKE	18.30 Uhr	Zeitz. Neumarkt 12
Di	11.04.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Salzstr. 38, Naumburg
Di	11.04.	Stammtisch DIE LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe Naumburg
Mo	17.04.	Ostermarsch im Zeitzer Forst	14.00 Uhr	
Mi	19.04.	REDAKTION KURIER	9.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Do	27.04.	BO-Vorsitzendenberatung	16.00 Uhr	Töpferdamm 6, Weißenfels

VORSCHAU

Mo	01.05.	Maiveranstaltungen in Zeitz, Naumburg, Hohenmölsen		
Di	02.05.	Fraktionssitzung Stadtrat DIE LINKE Zeitz	18.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Mi	03.05.	LAG Betrieb & Gewerkschaft Veranstaltung mit Gewerkschaftern und Birke Bull-Bischoff		Naumburg
So	07.05.	Lesen wider das Vergessen	11.00 Uhr	Jacobstraße, Naumburg
Mo	08.05.	Gedenkveranstaltung Tag der Befreiung Bad Kösen		

25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland: Kinderrechte ins Grundgesetz - alles nur heiße Luft?

Dazu erklärt die kinder- und familienpolitische Sprecherin, Monika Hohmann: Auch 25 Jahre nachdem die UN-Kinderrechtskonvention von Deutschland ratifiziert wurde, sind Kinderrechte nicht oder in nicht ausreichendem Maße im Grundgesetz verankert. Die Rechte auf Achtung des Kindeswohls, auf eine gewaltfreie Erziehung und auf Partizipation und Mitgestaltung sind nur einige aus dem Kinderrechtekanon für dessen Aufnahme DIE LINKE seit langem eintritt. Zuletzt erst wieder mit einem Antrag im Deutschen Bundestag.

Dieser wurde mit den Stimmen von CDU und SPD in der Sitzung des Familienausschusses am 29.03. mehrheitlich abgelehnt. Koalitionszwang oder alles nur heiße Luft, liebe SPD? Wir werden Manuela Schwesig und Hannelore Kraft nicht aus der Verantwortung entlassen und sie an ihren Ankündigungen messen.

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

die im April ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

Zur Beachtung! Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.